



Extraportion Wohlbefinden

Alles, was Ihnen guttut, auf 28 Sonderseiten

Blick

Fr. 3.- | Samstag | 10. Oktober 2026



Papas kleines Wunder

Ukrainischer Soldat fiel an Front – drei Jahre später kam seine Tochter Saschka zur Welt ▶ Seite 8

10 Tore und 50 Zuschauer

Frauen-Nati gewinnt WM-Playoff-Spiel gegen Israel mit 7:3 ▶ Sport



Keine Frau und auch kein Romand!

Blocher will Asyl-Hardliner als Bundesrat

«Die Sauerei im Asylwesen wird immer schlimmer», sagt der SVP-Doyen. Den Laden ausmisten soll der Thurgauer Nationalrat und Offizier **Pascal Schmid**

JANIC URECH

Für viele ist klar: Eine Frau oder jemand aus der Romandie soll Guy Parmelin (66) im Bundesrat ersetzen. Christoph Blocher (85) portiert als Nachfolger einen Mann aus der Ostschweiz: Das

SVP-Urgestein bringt Pascal Schmid (50) ins Spiel. Blochers Wunsch: **Der Hardliner soll das Departement von Beat Jans (62) übernehmen** und im Asylwesen den Schaden beheben, den der SP-Bundesrat laut Blocher angerichtet hat. ▶ Seiten 2-3



Pascal Schmid ist seit zwei Jahren Asylchef der SVP. Jetzt soll er Asylchef der Schweiz werden.



«Keep Cool» heizt kräftig ein

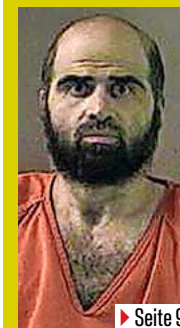
Prominenz schwärmt in höchsten Tönen von Musical-Premiere ▶ Seite 6

Der Romand Bastian Baker (M.) ist Hauptdarsteller – und singt erstmals auf Deutsch.

«Künftig sollte jede Vorlage ein Preisschild tragen.»

Chefredaktor **Rolf Cavalli** über die Finanzierung der 13. AHV-Rente und der Aufrüstung der Armee ▶ Seite 3

Wollen Sie live sehen, wie er stirbt?



US-Regierung plant Hinrichtung von Nidal Hasan – vor laufender Kamera! ▶ Seite 9

Blick

Redaktion ▶ Blick, Dufourstrasse 23, 8008 Zürich | 044 259 62 62 | redaktion@blick.ch oder vorname.nachname@ringier.ch
Abos ▶ 058 510 73 02 | kundenservice@blick.ch | Leserreporter ▶ Tel./Whatsapp an 079 813 80 41

AZ 4800 Zofingen
N° 235 – 68. Jahrgang



PARMELIN-NACHFOLGE

Alt Bundesrat Christoph Blocher portiert Thurgauer Hardliner – Fra



Der Favorit des SVP-Doyens: Pascal Schmid, Thurgauer SVP-Nationalrat und parteiintern verantwortlich für das Asylossier.

Pascal Schmid im Asylwesen»

JANIC URECH

Das Gerangel um Parmelins Nachfolge im Bundesrat läuft auf Hochtouren. Der Sitz dürfte unbestritten in den Händen der SVP bleiben. Wird es jemand aus der Westschweiz – oder gar eine Frau? Die beiden Anforderungen werden des Öfteren genannt. Nur: Christoph Blocher (85) will davon nichts wissen.

Mit Verweis auf das Communiqué der Partei geht er davon aus, dass der Neuling im Bundesrat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) oder das Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) übernehmen müsste. Dort sei jetzt Führungskompetenz gefragt. «Ich sage nicht, dass wir das EJPD übernehmen wollen, aber wenn wir es erhalten, müssen wir es führen. Bei der Armee gilt genau das Gleiche.»

Christoph Blocher (l.) im Gespräch mit Matthias Ackeret auf Teleblocher.



Deshalb müsse die SVP auf passende Eigenschaften setzen. Die Frage, «ob wir jetzt eine Frau oder eine Welsche» nehmen müssten, sei nebensächlich. Entscheidend sei: «Wer ist in der Lage, im schlimmsten Fall

dieses Ding in Ordnung zu bringen?» Dabei verweist Blocher erneut auf das EJPD, das derzeit SP-Bundesrat Beat Jans führt: «Im EJPD haben wir die grösste Sauerei. Seit meinem Rücktritt haben wir da 20 Jahre sozialis-

Durchschnittsalter 62! Jungparteien fordern Frischekur für den Bundesrat

Während sich Herr und Frau Schweizer mit 62 Jahren langsam Gedanken über ihren Ruhestand machen – oder eine Frühpensionierung in Betracht ziehen –, scheint es zugleich das perfekte Alter für das Amt als Bundesrat zu sein. Diesen Eindruck macht zumindest das Durchschnittsalter des aktuellen Gremiums. Mit SVP-Bundesrat Guy Parmelin (66) tritt nun der Älteste zurück. Der Jüngste in der Runde ist Parteikollege Albert Rösti (59). Die sieben Magistratinnen und Magistraten trennen lediglich sieben Jahre.

Vor 15 Jahren, als Alain Berset (SP) mit 39 Jahren als zweitjüngster Bundesrat seit dem Zweiten Weltkrieg in den Bundesrat gewählt wurde, lag der

Altersschnitt noch bei 53 Jahren. Jünger war in der Nachkriegszeit lediglich Ruth Metzler, die 1999 mit 34 Jahren in den Bundesrat gewählt worden war.

Doch ist es ein Problem, wenn sich die Landesregierung fast ausschliesslich aus Vertreterinnen und Vertretern aus den 1960er-Jahren zusammensetzt? Der abtretende Bundesrat hat seine Meinung dazu bereits kundgetan: Es sei Zeit für einen Generationenwechsel, sagte Parmelin gegenüber dem «Bieler Tagblatt» und CH Media. Es ist eine Aussage, der viele Jungparteien zustimmen – aber nicht alle.

So findet etwa Jonas Lüthy (23), Präsident der Jungfreisin-

nigen, dass der Bundesrat im europäischen Vergleich zwar ein altes Gremium sei, doch der Faktor bei der Wahl eines neuen Mitglieds keine Priorität haben soll. So sieht es auch Nils Fiechter (30), Präsident der Jungen SVP: «Alter und Geschlecht sind im Vergleich zur Kompetenz und politischen Meinung der Kandidaten völlig irrelevant.»

Dennoch lenkt er ein: «Eine jüngere Person kennt die Sorgen und Ängste der jüngeren Generationen zweifelsohne besser als eine ältere Person.» So wäre es

während der Corona-Pandemie beispielsweise wertvoll gewesen, die Sichtweise von Jüngeren stärker einzubringen. Für Benedikt Schmid (25), Präsident der Jungen Mitte, sind es Themen wie die Folgen von KI für den Arbeitsmarkt, denen heute mehr Beachtung geschenkt werden müsste. «Unsere Generation ist auf allen politischen Ebenen unterrepräsentiert.» Entsprechend solle das Alter bei der Bundesratswahl berücksichtigt werden.

Loa Wild (23), Präsidentin der Jungen GLP, nennt gar ein konkretes Wunschalter für das neue

Bundesratsmitglied – nämlich zwischen 35 und 45. Und sie erklärt: «Wer näher an der Lebensrealität junger Menschen ist, kann vielleicht auch besser nachvollziehen, wie stark die aktuelle Unsicherheit ist.» Fragen der Altersvorsorge oder des Klimaschutzes prägten die eigenen Zukunftspläne ganz unmittelbar. Dass die Mitglieder des Bundesrats fast gleich alt sind, zeige, wie einseitig das Gremium zusammengesetzt sei. «Da überrascht es wenig, dass sich viele junge Menschen von der Politik kaum abgeholt fühlen.»

Und Myrto Vandersee (27), Co-Präsidentin der Jungen Grünen, sagt: Bei einem so alten Gremium komme die langfristige Perspektive zu kurz. Ein ide-

ales Alter für den oder die neue Bundesrätin nennt sie nicht, sagt aber: «Aufgrund der aktuellen Zusammensetzung braucht es heute eine junge Frau aus der Westschweiz.» Für Nathalie Ruoss (22), Vizepräsidentin der Juso Schweiz, ist indes klar: Von der SVP einfach zu verlangen, dass sie beispielsweise mehr junge oder mehr weibliche Kandidierende aufstelle, reiche nicht. Das Problem sei, dass die Partei eine Politik veretrete, die menschenfeindlich, rassistisch und autoritär sei. «Eine 35-jährige Person mit derselben Politik wäre für uns nicht weniger problematisch als eine 65-jährige.»

LEANDRA SOMMARUGA

Die erhoffte Entlastung des Hauptbahnhofs Winterthur bleibt aus.



Berner kämpfen um Halbstundentakt – Widerstand Städte wollen Rösti

Mehr Züge, weniger Stau, bessere Verbindungen: Mit «Verkehr 45» will Bundesrat Albert Rösti (59) die Schweizer Verkehrsinfrastruktur fit für die Zukunft machen. Bis gestern Freitag war die Monstervorlage in der Vernehmlassung. Das Resultat zeigt: Die Ausbaupläne sorgen vielerorts für Widerstand – und wecken die Angst, dass ausgerechnet Regionalbahnhöfe auf Abstellgleis geraten. Das sind die grössten Streitpunkte.

Heute fährt der Interregio, der die Berner Gemeinden Burgdorf, Langenthal und Herzogenbuchsee via Olten SO mit Zürich

und der Ostschweiz verbindet, alle 30 Minuten. Ab 2035 soll er nur noch jede Stunde fahren.

Dagegen wehrt sich Burgdorf. «Dieser seit Jahrzehnten bestehende Verbindungstakt muss weiterhin zwingend gewährleistet bleiben», schreibt die Stadt in ihrer Stellungnahme. Eine Angebotsreduktion sei für Burgdorf, die Agglomeration und den Wirtschaftsstandort Emental mit mehr als 50 000 Personen nicht tragbar. Auch Langenthal warnt vor den Folgen: «Zürich ist für die Bevölkerung und die Wirtschaft der Region ein wichtiges Zentrum.»



Verkehrsminister Albert Rösti.

Nicht nur im Mittelland steht der Halbstundentakt zur Debatte. Auch der geplante Ausbau des Fernverkehrs durch den

uen und Welsche interessieren ihn nicht

soll «Sauerei beseitigen

tische Misswirtschaft. Wir haben eine Sauerei im Asylwesen, und es wird immer schlimmer.»

Der Mann, der das regeln könnte, heisst laut Blocher Pascal Schmid (50). **Der Thurgauer SVP-Nationalrat ist aktuell parteiintern verantwortlich für das Asylossier.** Schmid könnte Blocher zufolge sowohl das EJPD als auch das VBS führen. Er sei schliesslich im Militär als Major tätig und kenne als Asylchef und ehemaliger Gerichtspräsident die Rechtslage sehr gut. Mag stimmen, aber Schmid ist «nur» Hauptmann.

Moderator Matthias Ackeret (63) bringt aber auch weitere Kandidaten ins Gespräch ein, allen voran Natalie Rickli (49). Blocher hält die Zürcher Regierungsrätin für eine starke Kandidatin. Zugleich weist er darauf hin,

dass sie zu sehr in ihrem aktuellen Karrierepfad stecke. Rickli selbst hat noch nicht bekannt gegeben, ob sie kandidieren will. Die Meldungsfrist für Kandidaturen endet am 23. Oktober 2026. Bis dahin kündigte Rickli an, «abzutauchen» und sich eine Kandidatur zu überlegen.



Natalie Rickli, Zürcher Regierungsrätin.

Zu weiteren Kandidaten sagt Blocher wenig. Esther Friedli (49), die sich selbst noch nicht geäussert hat, sei eine gute Kandidatin. **Der Schwyzer Regierungsrat André Rüegsegger (50), der als Erster vorträgt,** sei «en muntere Burscht», und auf die Genferin Céline Amaudruz (47) geht Blocher gar nicht erst ein.

Blocher hat sich schon früher oft zu Bun-

desratswahlen geäussert. Als die Mitte 2025 Mühe hatte, zwei Kandidaten **für die Nachfolge von Viola Amherd (64) zu finden, brachte Blocher kurz sich selbst ins Spiel.** Als die SP mit Beat Jans (62) und Jon Pult (41) ein Zweiterticket für die Nachfolge von Alain Berset (54) vorschlug, warb Blocher für einen wilden Kandidaten.



Céline Amaudruz, Nationalrätin.

Ging es aber um neue Bundesräte aus den Reihen der SVP, versuchte er stets, sich bedeckt zu halten. **Gerade dann wurde aber darüber spekuliert, wer in Herliberg ZH die besseren Karten hat.** Bei Parmelins Wahl 2015 soll Blocher auf Norman Gobbi (49) gehofft haben, bei Albert Röstis (59) Wahl 2022 auf Hans-Ueli Vogt (56). Dass beide Kandidaten Unterlagen, zeigt: Blochers Unterstützung hat begrenzten Wert.



Jonas Lüthy, Präsident der Jungfreisinnigen Schweiz.

Benedikt Schmid, Präsident der Jungen Mitte Schweiz.

Nils Fiechter, Präsident der Jungen SVP.

Loa Wild, Präsidentin der Jungen GLP.

Nathalie Ruoss, Vizepräsidentin der Juso Schweiz.

Mehr AHV, mehr Armee – die Rechnung geht nicht auf

KOMMENTAR



ROLF CAVALLI
Chefredaktor

Auf jeder Quittung steht sie ganz unten, klein gedruckt: MwSt. 8,1 %. Kaum jemand beachtet sie. Man stelle sich vor, dort stünde künftig: «MwSt. 8,5 %, davon 0,4 Prozentpunkte für die 13. AHV-Rente.» Und bald vielleicht: «Weitere 0,5 Prozentpunkte für Luft- und Drohenabwehr.»

Plötzlich würden wir genauer hinschauen.

Mit 58 Prozent Ja hat das Volk 2024 die 13. AHV-Rente angenommen. Ab Dezember wird sie ausbezahlt. Finanziert ist sie in den ersten zwei Jahren nicht.

Auch das Parlament will mehr: Es will aufrüsten. **Seit Putins Angriff auf die Ukraine ist Europa unsicherer geworden.** Doch wer die stärkere Armee bezahlen soll, bleibt offen. Der Bundesrat will dafür die Mehrwertsteuer um weitere 0,5 Prozentpunkte erhöhen. Die Chancen dafür stehen schlecht.

Die 13. AHV-Rente hat das Volk bestellt, die Aufrüstung das Parlament. Bezahlt ist beides nicht. In der Beiz würde das an Zechprellerei grenzen. In Bern heisst es: Die Finanzierung folgt später.

Wenn die Politik schon Geld eintreiben muss, dann möglichst unauffällig. **Für die AHV wollte die Linke höhere Lohnbeiträge. Die Arbeitgeber wehrten sich.** Übrig blieb die Mehrwertsteuer. Sie ist für die Politik der bequemste Weg, Milliarden einzunehmen. 0,4 Prozentpunkte bringen rund 1,5 Milliarden Franken im Jahr. Beim einzelnen Einkauf sind das nur ein paar Rappen.

Alle zahlen. Kaum jemand merkt es. Und kaum jemand wehrt sich deshalb.

Nicht einmal jene, die sonst laut protestieren. SP und Grüne halten die Mehrwertsteuer zwar für unsozial, tragen die Erhöhung nun aber zähneknirschend mit. Und die Wirtschaftsverbände? FDP-Präsidentin Susanne Vincenz-Stauffacher wirft dem Arbeitgeberverband im Blick-Interview vor, er habe vor dem Sommer noch vor einer unbefristeten Mehrwertsteuer gewarnt. **Seit die Lohnprozente vom Tisch sind, schweigt er.** Hauptsache, die Rechnung landet nicht auf der Lohnabrechnung.

Das ist unser Glück. Wir können die Rechnung zurückweisen.

Bei der Armee heisst das: Wer nicht mehr bezahlen will, bekommt keine stärkere Armee. Oder muss anderswo sparen.

Bei der AHV liegt der Fall anders. Hier ist das Volk Besteller und Kassier zugleich. **Die 13. Rente wird ausbezahlt, selbst wenn die Stimmberechtigten am 29. November die Finanzierung ablehnen.** Offen ist nur, wer die Rechnung begleicht. Und wann.

Hätte 2024 auf dem Stimmzettel gestanden, wie die 13. AHV-Rente finanziert wird, hätte das Volk vielleicht gleich entschieden. Aber es hätte gewusst, worauf es sich einlässt.

Künftig sollte jede Vorlage ein Preisschild tragen. Wer mehr Rente fordert, nennt die Finanzierung. Wer mehr Armee will, sagt, woher das Geld kommt. Wer beim Bund sparen will, sagt, wo konkret.

Dann stünde auf der Quittung endlich, wofür wir bezahlen.

Wer nicht mehr bezahlen will, soll keine stärkere Armee bekommen – oder anderswo sparen.



gegen «Verkehr '45» gibts im ganzen Land

s Bahn-Pläne aufs Abstellgleis stellen

Lötschberg-Basistunnel könnte ins Stocken geraten. Künftig sollen zusätzliche IC-Züge zwischen Bern und Interlaken BE sowie zwischen Bern und Brig VS verkehren. Doch dafür braucht es laut dem Berner Regierungsrat zusätzliche Infrastruktur zwischen Worb BE und Langnau BE. Diese fehlt im Botschaftsentwurf.

«Ohne die geplanten Anpassungen der Infrastruktur zwischen Worb und Langnau kann das Angebot im Fernverkehr nicht wie vorgesehen ausgebaut werden», warnt der Regierungsrat. Selbst wenn der Lötschberg-

Basistunnel durchgehend doppelpurig befahrbar ist, könnten die geplanten zusätzlichen Verbindungen damit ausbleiben.

Auch in Winterthur ZH wird gespart: Der Bund will auf die geplante Haltestelle Grüze Nord verzichten – zum Ärger des Stadtrats. Die Haltestelle sei «ein wesentlicher Baustein» für die Entwicklung des Bahnhofs Grüze zu einer Verkehrsdrehscheibe. Geplant sind fünf neue Buslinien, die das östliche Stadtgebiet anbinden, sowie beschleunigte S-Bahnen nach Zürich.

Ohne Grüze Nord bleibe die erhoffte Entlastung des überlas-

teten Winterthurer Hauptbahnhofs jedoch aus, warnt der Stadtrat. Auch der Netzausbau zwischen Zürich und Winterthur werde geschwächt. Angesichts der vergleichsweise geringen Kosten sei die Streichung «weder verkehrlich noch raumplanerisch oder volkswirtschaftlich nachvollziehbar».

In der Ostschweiz fallen geplante Bahnausbauten dem Rotstift zum Opfer. Zwischen Mühlehorn GL und Tiefenwinkel GL am Walensee ist die Strecke Zürich-Chur GR auf rund einem Kilometer nur einspurig. Engpässe und Verspätungen sind das Resultat.

Der geplante Doppelspurausbau sollte den Fahrplan stabilisieren und den Halbstundentakt im Glarnerland erleichtern. Für die Projektierung waren zehn Millionen Franken vorgesehen. Doch das Vorhaben wurde gestrichen. In der langfristigen Netzentwicklung bis 2045 gilt der Nutzen angesichts der hohen Kosten als zu gering – insbesondere wegen der teuren Tunnelvarianten, die die Region fordert.

Die Ostschweizer Regierungskonferenz geht gegen diesen Entscheid vor: «Wir fordern, dass die Projektierung des Ausbaus im Gebiet Tiefenwinkel weiterhin Teil

der Botschaften zum Bahnausbau bleibt», heisst es in einer Mitteilung. Schliesslich sei das Projekt bereits vom Parlament beschlossen und bestätigt worden.

Der Arc Express landet auf dem Abstellgleis. Die geplante Direktverbindung zwischen La Chaux-de-Fonds NE, Saignelégier JU und Delémont JU sollte die Freiberge im Stundentakt und ohne Umsteigen in Glovelier JU ans Fernverkehrsnetz der SBB anbinden.

Davon hätte auch die Reisezeit profitiert: Nach Basel oder Pruntrut JU wären bis zu 30 Minuten eingespart worden. Das

Projekt sollte zudem den öffentlichen Verkehr gegenüber dem Auto attraktiver machen. Bis 2040 wird erwartet, dass sich die Personenkilometer auf dem Netz der Chemins de fer du Jura verdoppeln könnten.

Der Verein Arc Express lud deswegen Gemeinden, Institutionen und Bürger dazu ein, bis gestern eine Stellungnahme beim Bundesamt für Verkehr einzureichen. **«Eine breite Mobilisierung wird zeigen, dass die Verbesserung des regionalen öffentlichen Verkehrs für den nationalen Zusammenhalt unverzichtbar ist»,** heisst es in der Mitteilung. RICCARDA CAMPELL